

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 113 (1980)
Heft: 50

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie soll die Ausbildung der bernischen Primarlehrer verbessert werden?

Die Herren Dr. H. Stricker, H. R. Stauffer und M. Baumberger sind vom Kantonalvorstand BLV eingeladen worden, anlässlich der a. o. Abgeordnetenversammlung vom 26. November 1980 über die von einer Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektion ausgearbeiteten

Vorschläge für eine Weiterbildungsphase im Rahmen der Lehrerbildung

zu referieren. Wir veröffentlichen ihre Ausführungen als Teil der später folgenden Berichterstattung über den Verlauf der Versammlung. *Red.*

Das Weiterausbildungsjahr

Dr. Hans Stricker

Vorsteher des Amtes für Unterrichtsforschung und -planung, Bern

«Es geht bei der Vernehmlassung über die Weiterbildungsphase um vieles. Es geht einmal darum, dass wir in einem grossen Unternehmen, das schon bis heute ein sehr hohes Mass an Kraft, an Einsatz und auch an gutem Willen und Optimismus gefordert hat, nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Es geht um das Gelingen der Lehrerbildungs-Reform.

Es geht aber andererseits darum, dass eine Idee verwirklicht werden kann, die vor bald 60 Jahren erstmals in der Berner Lehrerschaft auftauchte. Die Idee und die Gewissheit zugleich, dass ein junger Lehrer dann am meisten für seinen Beruf lernen will, wenn er die Schule in der Rolle des selbstverantwortlichen Lehrers kennengelernt hat. Dann nämlich erst ist sein Interesse richtig wach geworden. Wir wissen, dass für einen uninteressierten Schüler – auch wenn er angehender Lehrer ist – die Schulstunden grossenteils verlorene Stunden sind. Es geht daher darum, dass wir nach wie vor grundsätzlich zum Modell der seminaristischen «rekurrenten» Lehrerbildung stehen, wie auch in einer nächsten Übergangszeit die Weiterbildungsphase aussehen möge.

Zu diesem Modell, dessen erster Teil, nämlich die Verlängerung der Seminarbildung auf fünf Jahre, bald verwirklicht sein wird, steht die Arbeitsgruppe, welche das Problem der Weiterbildungsphase zu studieren hatte, eindeutig. Damit das ganze Modell zum Tragen komme, müssten jedoch nach Auffassung der Arbeitsgruppe einige Vorbedingungen klar geregelt werden: Sie seien hier in Form von Fragen dargestellt:

- Besteht die Möglichkeit einer obligatorischen Weiterbildungsphase, wenn nach der fünfjährigen Seminarbildung ein vollgültiges Patent ausgehändigt wird?
- Darf die Ausbildung nach fünf Jahren als vollständig betrachtet werden, wenn vom Modell her ganz bestimmte Unterrichtsinhalte auf die Nachfolgephase verwiesen werden?

- Kann ein nach fünfjähriger koedukativer Ausbildung patentierter Lehrer seine Aufgabe auf jeder Schulstufe erfüllen? Ist er insbesondere nicht auf der Oberstufe als Allroundlehrer überfordert, da gerade die stufen-spezifische Ausbildung auf die Weiterbildungsphase angewiesen ist?

- Wenn die rekurrente Form der Ausbildung am ehesten den Bedürfnissen des zukünftigen Lehrers entspricht, warum wird sie nicht auch bei den übrigen Lehrerkategorien angewendet? Wie sähe die vom Grossen Rat geforderte Koordination der Lehrerbildung aus, wenn eine solche vor allem in der Ausbildung der Primar- und Sekundarlehrer wirksam werden sollte?

Ich kann auf die Fragen hier keine Antwort geben, da sie ja gerade durch die Vernehmlassung geklärt werden sollten. Dennoch sei mir eine Bemerkung gestattet: 1983 werden im Grossen Rat Grundsätze für die bernische Bildungsgesetzgebung diskutiert werden. Es wird dabei unter anderem um die Frage gehen, welche Strukturen in der Zukunft unsere oberen Klassen der Volksschule haben sollen. Und je nach den Strukturen, die dann das Bild unserer Schule ausmachen, wird auch die Lehrerbildung erfolgen müssen. In welcher Richtung die Entscheide führen werden, kann heute nicht gesagt werden. Allerdings lassen sich schon jetzt einzelne Tendenzen erkennen. Zusammengefasst lassen sie sich etwa so formulieren, dass kaum eine stärkere Abgrenzung der Schultypen voneinander erfolgen wird, als dies heute der Fall ist. Es lässt sich eher eine stärkere Annäherung der Schultypen und eine grössere Durchlässigkeit voraussehen. Wie sich dies konkret auf die Oberstufe auswirken wird, besonders deshalb, weil wir im Kanton so verschiedene örtliche Situationen antreffen, wird erst nach der Bildungsdiskussion klarer sichtbar sein.

Inhalt – Sommaire

Wie soll die Ausbildung der bernischen Primarlehrer verbessert werden?	335
Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminare	337
Jahrestagung der Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminare	338
Wahlfachunterricht an Primarschulen	338
Beglückte Lehrerveteranen	339
Tagung «Fernsehen und Familie»	339
Comment la formation des enseignants primaires bernois doit-elle être améliorée?	339
Mitteilungen des Sekretariates	342
Communications du Secrétariat	342

Die Schlussfolgerung, welche daraus gezogen werden muss, ist die, dass wir heute mit keiner Lösung die Entwicklung verbauen dürfen. Ich meine aber, dass dies nicht heisst, dass wir die Entwicklung einfach abwarten sollten. Wenn wir die eingeschlagene Richtung bejahen, und ich tue dies, so glaube ich, dass wir den Mut haben sollten, uns auf den Weg zu machen, auch wenn er später kleine Abweichungen erfahren wird. Für alle Erfahrungen, die wir mit der Erprobung der rekurrenten Phase machen, werden wir einmal dankbar sein. Dies haben die Semesterkurse bei ganz anderen Voraussetzungen gezeigt.

Zwei Bedingungen müssten an ein solches Vorgehen geknüpft werden: Zum ersten ist zu verhindern, dass die Semesterkurse mit der Weiterbildungsphase der Grundausbildung vermischt werden. Die beiden Formen rekurrenter Ausbildung haben unterschiedliche Zielsetzungen; diese dürfen nicht durch eine Überlagerung verwässert werden. – Zum zweiten muss jede Übergangslösung so flexibel und mit so wenigen festen Einrichtungen gestaltet werden, dass für die künftige Entwicklung der Lehrerbildung im Rahmen der politisch geforderten Gesamtkonzeption keine Vorentscheide gefällt werden, die dem Ganzen schaden würden.

Dieses Ganze aber ist mit voller Kraft anzustreben.»

Zur Vernehmlassung der Weiterbildungsphase für Primarlehrer

*Hans Rudolf Stauffer, Lehrer, Oberwil b. Büren
Mitglied der Gruppe Reform Primarlehrerausbildung des BLV*

«Wenn eine Reform erfolgreich durchgeführt werden soll, muss sie von der Basis, den Betroffenen, mitverantwortet und mitgetragen werden. Die Neuerungen, die für die Primarlehrer im Kanton Bern vorgesehen sind, bedingen bei allen Beteiligten Einstellungsveränderungen, und es braucht die Überzeugung, dass die Reform tatsächlich zur Verbesserung der Ausbildung beiträgt.

Die Verantwortlichen der Lehrerbildungsreform klammern sich fest an die Idee der «rekurrenten seminaristischen Lehrerausbildung», obwohl sich die gesamte Lehrerschaft bisher deutlich gegen ein sogenanntes Weiterbildungsjahr ausgesprochen hat (Schläppi/Müller).

Ist dieses Modell, das gesamtschweizerisch einsam da steht, eine echte und zukunftsweisende Neuerung, oder ist es eine politisch kaum zu realisierende Zwängerei, entstanden im engen Rahmen der regierungsrätlichen Planungs-Auflagen?

Solange das Prinzip der Rekurrenz nicht für alle Lehrer innerhalb der obligatorischen Schulzeit gilt, darf es nicht einseitig für die Primarlehrer beschlossen werden.

Die Reform der PL-Ausbildung muss alle Lehrerkategorien beschäftigen!

Die Studiengruppe «Weiterbildungsphase» nennt in ihrer Arbeit 3 Bedingungen, die vor der Realisierung der obligatorischen WAB erfüllt sein müssen:

1. Gesamtkonzept für die Lehrerbildung (Motion Rychen)
2. Klärung der Beziehung zwischen Primar- und Sekundarlehrerausbildung
3. Beziehung zwischen Initialausbildung und obligatorischer Weiterbildung überprüfen und klären

Diese drei Bedingungen, die eng miteinander zusammenhängen und deshalb nicht getrennt voneinander erfüllt werden können, verlangen von allen Beteiligten das in meiner Einleitung erwähnte Umdenken, zum Beispiel:

- Kein Integralpatent für die Primarschule
- Stufenspezialisierung
- Oberstufenreform
- Klassenlehrer / Fachgruppenlehrer für Primaroberstufe
- gegenseitige qualifikative Annäherung der unterschiedlichen Ausbildung der Oberstufen-Primarlehrer und der Sekundarlehrer
- usw.

Das Gelingen der Reform ist auch abhängig von der Qualität und Anziehungskraft der Seminare.

Im Urteil der Bevölkerung ist das heutige Seminar gegenüber andern höheren Mittelschulen – besonders für Knaben – nicht mehr attraktiv. Obwohl das PL-Patent gegenüber der Matura nur wenige Studien erlaubt, gilt das Schwergewicht der Ausbildung in den Patentfächern immer noch der Hochschulvorbereitung, wodurch die geforderte Verbesserung der Berufsausbildung in der heute zur Verfügung stehenden Zeit innerhalb der 5 Jahre nicht erreicht werden kann.

Kann das Seminar in der heutigen Form überhaupt diese Doppelaufgabe erfüllen, zur Hochschulreife führen und gleichzeitig eine gründliche Berufsausbildung vermitteln?

Die zur Zeit laufende Reform orientiert sich am beschlossenen Modell der «rekurrenten seminaristischen Primarlehrerausbildung», wobei bei der Planung davon ausgegangen worden ist, dass eine Ergänzung durch eine *obligatorische* Weiterbildung folgen wird.

Gelingt es nicht, das Weiterbildungsjahr zu verwirklichen, muss die Planung der Reform in wesentlichen Punkten wieder neu begonnen werden. Im Begleitbrief zur Vernehmlassung anerkennt die ED die Notwendigkeit der Abklärung der von der Studiengruppe aufgeworfenen Fragen und ist der Auffassung, dass die im Bericht geforderten Voraussetzungen für eine definitive Form der Weiterbildung im Rahmen der Arbeiten zur Gesamtrevision der Bildungsgesetzgebung zu schaffen seien.

Diese Chance der Mitbestimmung muss vom BLV wahrgenommen werden!

Weil man bis jetzt innerhalb des BLV nicht offen und emotionsfrei ein Gesamtmodell für die Lehrerbildung hat diskutieren können, ist die Aussicht geschwunden, mit einem besonders akzentuierten Maturitätstyp in die Gymnasialreform einzugreifen und damit den Absolventen der Lehrerseminare einen echten UNI-Zugang zu ermöglichen.

Ich hoffe, dass es uns bis 1982 gelingen wird mitzuhelfen, dass der Grosse Rat die notwendige Verlängerung der PL-Ausbildung auf 6 Jahre beschliessen kann. Dazu sind aber unsere Möglichkeiten beschränkt:

- entweder stimmen wir der «rekurrenten seminaristischen Lehrerbildung» zu, mit all den Neuerungen;
- oder wir fordern etwas ganz anderes.

Die ebenfalls von der Studiengruppe vorgeschlagenen Übergangslösungen «Weiterbildungssemester» und «Bildungsbonus-System» im Rahmen der Lehrerfortbildung können ein 6. Seminarjahr nicht ersetzen, und es ist unvernünftig, damit die laufende Reform zu gefährden.»

Die Weiterbildungsphase in der bernischen Lehrerbildung

Moritz Baumberger
Zentralsekretär des BLV

«Vordergründig muss die bernische Lehrerschaft bis Ende Januar 1981 Stellung beziehen zu einem Bericht der Erziehungsdirektion betreffend die Planung einer Weiterbildungsphase für Primarlehrer. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen Grundsatzentscheid betreffend die Ausbildung aller Lehrerkategorien. Dieser Entscheid ist im Rahmen einer langfristigen Vereinspolitik zu treffen. Folgende Punkte sind besonders zu beachten:

- Heute sind durch grundsätzliche Beschlüsse immer alle Lehrerkategorien betroffen. Wenn das System der Weiterbildungsphase für Primarlehrer richtig ist, muss es aufgrund der vom Grossen Rat geforderten Gesamtkonzeption für die Lehrerbildung auch für die übrigen Lehrerkategorien geprüft werden.
- Die bis jetzt für die Primarlehrerausbildung beschlossenen Reformen erfüllen zwei Forderungen des BLV nicht, die mit der Formel 4+2 bezeichnet werden: die sechsjährige Ausbildungsdauer und das tertiäre Niveau in der zweiten Ausbildungsphase.
- Um die Primarlehrerausbildung von 4 auf 5 Jahre zu verlängern, wären fünfzig Jahre nötig. Gegenwärtig werden Seminarbauten, Seminarlehrpläne und -lehrkörper an die fünfjährige Ausbildung angepasst. Es ist kaum denkbar, dass innerhalb weniger Jahre ein Beschluss für die Verlängerung auf sechs Jahre erreicht werden könnte, obwohl die maturitätsgebundene Primarlehrerausbildung schon fast sechs Jahre dauert.
- Nur mit Zustimmung zum ausgearbeitet vorliegenden Modell Wyss war es möglich, kurzfristig eine Verlängerung auf fünf Jahre zu erreichen. Die in ihm enthaltene, noch zurückgestellte und mit verschiedenen Problemen belastete Idee einer rekurrenten Phase nach einiger Zeit selbstverantworteter Praxis vermöchte echte Ausbildungsbedürfnisse zu befriedigen, liegt aber noch nicht in brauchbarer Form vor.
- Die bernischen Lehrer haben in den Sechzigerjahren die damals beschlossene Vikariatszeit abgelehnt und auf einem Vollpatent nach Abschluss der Grundausbildung beharrt. Diese Forderung und eine obligatorische Weiterbildungsphase nach einer begleiteten Berufseinführung schliessen sich gegenseitig aus.
- Der Kanton Bern bildet als einziger Lehrer für die Unter-, Mittel- und Oberstufe gleich lang aus. Das entspricht der Forderung nach einer gleichwertigen Ausbildung aller Lehrerkategorien.

Die Stellungnahme des Bernischen Lehrervereins zum Bericht der Studiengruppe Weiterbildungsphase muss vom vereinspolitischen Grundsatzentscheid für eine der drei folgenden Möglichkeiten ausgehen:

1. Auf dem 4+2 beharren und die Weiterbildungsphase als Hindernis zu dessen Verwirklichung grundsätzlich ablehnen.
Weil die Seminarreform bei Null anfangen müsste, weil die gegenwärtigen Bauprojekte nicht richtig wären, weil eine neue Institution (Lehramtsschule auf tertiärem – universitärem Niveau für gegen 1000 Studenten) geschaffen werden müsste, weil alle

Seminare nur noch Zubringerschulen wären und weil viele Lehrer und Politiker von der Notwendigkeit einer weiteren Verlängerung nicht überzeugt sind, würde zwar die an sich wertvolle Idee der Weiterbildungsphase fallen gelassen, weiter aber nichts geschehen.

2. Der Verwirklichung des unter bestimmten Planungsvoraussetzungen entstandenen *Modell Wyss* zustimmen, d.h. ein obligatorisches Weiterausbildungsjahr nach einiger Zeit der Berufseinführung verlangen.
In ihrem Bericht zeigt die ‚Studiengruppe Weiterbildungsphase‘ innere Widersprüche auf und weist auf organisatorische Schwierigkeiten hin. Weil die Kostenfrage völlig unklar ist und weil die Auswirkungen auf die anderen Lehrerkategorien nicht geklärt sind, könnte nicht mit einer baldigen Verwirklichung gerechnet werden.
3. Der vorgeschlagenen *freiwilligen Weiterausbildung* zustimmen, d.h. für alle Lehrer eine Möglichkeit ähnlich den bestehenden Semesterkursen anbieten, wobei das Grundprinzip beizubehalten wäre: bezahlter Fortbildungsurlaub ohne Lohnwirksamkeit. Dieser Entscheid ist wohl der politisch einzig realistische. Er rettet eine wertvolle Idee, berücksichtigt die Forderung nach einer Gesamtkonzeption für die Lehrerbildung und verbaut weiterführende Entwicklungen nicht.

Ein derartiger Entscheid des Bernischen Lehrervereins genügt den berechtigten Forderungen der Primarlehrer nicht, ermöglicht aber die Verwirklichung eines Teils. Deshalb muss er mit der Erklärung verbunden sein, dass der Bernische Lehrerverein eine weitere Verbesserung der Primarlehrerausbildung im Rahmen einer ausgewogenen Ausbildung für die Lehrer aller Stufen anstrebt.»

Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminare

Protokoll der Jahrestagung vom 27. Dezember 1979
im Casino Bern

Präsident H. Schenk begrüsst etwa 300 Ehemalige und Gäste, worunter die Vertreter der Erziehungsdirektion und der Seminarkommission, alle Seminardirektoren (mit Ausnahme des entschuldigten Dr. Meyer), Delegationen der Seminarvereinigungen, Lehrersekretär M. Baumberger und Redaktor H. Adam. Die Regierungsräte H.-L. Favre und Dr. B. Müller lassen sich entschuldigen.

Prof. Dr. Hans Aebli referiert über seine Lehrtätigkeit als Ordinarius für Pädagogische Psychologie und Pädagogik an der Universität Bern: *Pädagogisches Denken: das Ordnen des erziehblichen Tuns* (zum Konzept der Berner Seminarlehrerausbildung). (Siehe «Der Bund» Nr. 303 vom 28. 12. 1979.)

Seit 1971 gibt es für angehende Seminarlehrer und höhere Bildungsbeamte an der Universität Bern eine Ausbildung, die zum «Staatsexamen für Lehrer und Sachverständige der Erziehungs- und Bildungswissenschaften» führt. Die Universitäten sind die grössten Lehrerbildungsanstalten der Kantone, studieren doch gegenwärtig in Bern etwa 750 Sekundarlehrer, 450 Gymnasial- und Seminarlehrer und bald einmal auch

eine grössere Zahl von Sonderschullehrern. Klares Denken: die richtige Beurteilung der Situation, aber auch der eigenen Möglichkeiten und Grenzen bildet die Grundlage für ein geordnetes erzieherisches Handeln. Eine der wichtigsten Aufgaben des Lehrers besteht darin, für das Leben seiner Klasse die rechte innere und äussere Ordnung zu finden.

Hauptversammlung

Das *Protokoll* der letzten Tagung (Berner Schulblatt Nr. 50 vom 14. 12. 1979) wird genehmigt.

Jahresbericht des Präsidenten

Der Vorstand befasste sich an fünf Sitzungen hauptsächlich mit folgenden Geschäften: Konstituierung des neuen Vorstandes – Vorbereitung der Tagung 1979 – Statutenrevision – Seminarvereinigung Hofwil, gegründet am 1. Dezember 1979 – Seminar Bern: Verlegung auf die Lerbermatte – Reisebeiträge an Seminarklassen von Bern, Hofwil, Langenthal und Spiez – finanzielle Hilfe für einen Seminaristen und zinsloses Darlehen an eine Schülerin des Maturandenkurses aus dem Hilfsfonds – Neuordnung des Archivs in Hofwil. Schliesslich dankt der Präsident den Vertretern der Erziehungsdirektion, der Seminarkommission, den Seminardirektoren und Seminarlehrern, aber auch den Vorstandskollegen und Promotionspräsidenten für alle ihre Bemühungen. Der Bericht wird mit Applaus genehmigt.

Jahresrechnung

Vereinskasse: Von Mitgliederbeiträgen wurden statt 13 500 Fr. nur 10 320 Fr. bezahlt. Das führte zu einem Ausgabenüberschuss von 1520 Fr.

Hilfsfonds: Ausgabenüberschuss Fr. 4649.20/Reise-stiftung: Bestand Fr. 45 500.–. Das gesamte Vermögen hat sich um Fr. 2169.20 vermindert auf Fr. 87 621.65. Budget und Jahresrechnung werden einstimmig genehmigt. Jahresbeitrag wie bisher Fr. 5.–.

Veränderung im Mitgliederbestand

J. Aebersold gedenkt der 30 verstorbenen Kollegen von der 68. Promotion (patentiert 1907) bis zur 134. Promotion (patentiert 1973). Die 140. Promotion von Bern wird einstimmig aufgenommen.

Statutenrevision

An der Präsidentenkonferenz wurden zwei Arbeitspapiere betreffend Revision der Statuten und Bildung eines Dachverbandes zur Vernehmlassung ausgeteilt. Der Vorstand erwartet eine Stellungnahme der Promotionen bis zu den Sommerferien.

Umfrage, Verschiedenes

Direktor Bühler orientiert über die geplante Verlegung des Seminars Bern auf die Lerbermatte, wobei es sich nicht um den Bau eines neuen Seminars handelt, und bittet, im Volk aufklärend zu wirken, damit die Vorlage im Dezember 1980 angenommen werde. Die Region Bern braucht ein politisch und konfessionell neutrales Seminar.

Der älteste Ehemalige, der erstaunlich rüstige Fritz Aebersold, Dürrenast (62. Promotion, geboren November 1880) und drei Überlebende der 69. Promotion (patentiert 1904) grüssen die Versammlung. Barbara Ritter dankt für die Aufnahme der 140. Promotion. Die nächste Tagung findet am 27. Dezember 1980 statt.

Am Nachmittag beglückten die 15 Musiker der «*Kammerbläser von Bern*» (worunter 5 Ehemalige) unter der Leitung von Romain Riard (111. Promotion) eine zahlreiche Schar von Ehemaligen und Angehörigen mit einer herzerfrischenden Aufführung der B-Dur Suite von R. Strauss und der B-Dur Serenade/Gran Partita von W. A. Mozart.

Der Präsident: *H. Schenk*

Der Protokollführer: *H. Bill*

Jahrestagung der Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminare

Samstag, den 27. Dezember 1980 im Casino Bern

09.15 *Hauptversammlung* (für Mitglieder)

10.00 *Podiumsgespräch* (öffentlich, für alle Interessierten):
«*Bildungspolitik | Lehrerbildung im Kanton Bern*»

Teilnehmer:

H. R. Lehmann, Schriftsteller

Hermann Bürki, Direktor der Lehramtsschule

Dr. Rolf Deppeler, Mitglied der Seminarkommission

Albrecht Rychen, Grossrat

Dr. Heinz Wyss, Seminardirektor

15.00 *Konzert*: Das verstärkte Fürti-Quartett spielt ein Streichquartett von L. van Beethoven und ein Streichsextett von J. Brahms.

Auch zum Konzert sind Gäste freundlich eingeladen.

Wahlfachunterricht an Primarschulen

Der Brief der Fortbildungskommission des BLV, der im Berner Schulblatt vom 16. Oktober 1980 veröffentlicht wurde, hat mich angesprochen. Fast die genau gleichen Überlegungen vertrete ich, schon seit Einführung des Wahlfachausweises, wo ich nur kann. Die ganze Angelegenheit ist eine schwere Abwertung des Primarlehrerpatentes und bringt den Schülern, für die die ganze Sache angeblich gestartet wurde, ganz sicher viel mehr Nachteile als Vorteile. Ich selber sehe eigentlich nur Nachteile.

Mit Ausnahme eines Punktes, auf den ich gerade eingehen werde, kann ich den Brief der Fortbildungskommission voll und ganz unterschreiben.

Nun dieser Punkt: Ich bin dagegen, dass Fortbildung lohnwirksam werden soll. Nicht das Geld soll Ansporn für Weiterbildung sein, sondern die Einsicht, dass Fortbildung nötig ist. Ich persönlich bin dafür, dass der Lehrer im Jahr 2 bis 3 Wochen seiner Ferien obligatorisch für die Fortbildung hergeben müsste. Dabei sollte er die Kurse selber aussuchen dürfen. Er kann selber am besten beurteilen, was er nötig hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich fordern, dass mehr Kurse ausgeschrieben werden, die sich ausdrücklich an in diesen Fachgebieten schwächeren Lehrer wenden. Ich denke da zum Beispiel an den Kurs «Zeichnen für weniger Begabte», den ich vor Jahren besuchte.

Wie gesagt, das ist der einzige Punkt, bei dem ich mit dem Brief nicht ganz einverstanden bin.

Vielleicht noch ein paar ergänzende Bemerkungen, wie ich diese Angelegenheit persönlich empfinde und erfahren habe:

Jeder Lehrer hat seine stärkeren und schwächeren Seiten und Fächer. Gewisse Stoffe kann er besser vermitteln als andere. Bei mir war Geometrie/Algebra ein Fach, das ich gerne erteilte und wo ich das Gefühl hatte, den Schülern etwas Überdurchschnittliches bieten zu können. Da ich aber nicht 10% weniger verdienen will und ich mich immer weigern werde, diesen diskriminierenden Kurs zu besuchen, der nota bene nur mehr Stoff vermittelt, den man zum grössten Teil nicht brauchen kann und methodisch beinahe nichts bringt, gab ich dieses Fach den Teilpensenlehrern ab. Diese haben viel weniger Erfahrung und erteilen den Unterricht sicher nicht besser. Nichts gegen die Teilpensenlehrer, aber die Schüler tauschen einen erfahrenen Lehrer, der das Fach gern erteilt hat, gegen einen jungen unerfahrenen Lehrer, der dieses Fach vielleicht gar nicht gewollt hat und den Ausweis auch nicht besitzt. Einziger Nutzniesser ist der Staat, der einem Teilpensenlehrer 10% weniger Lohn zahlen muss. Weil viele Lehrer so denken wie ich, werden junge Lehrer geradezu vergewaltigt, die Wahlfachkurse zu besuchen, wenn sie gewählt werden wollen. Dies in einer Zeit, wo sie durch die neue Klasse genug belastet sind. Dazu müssen sie dann an der eigenen Klasse mehr Stunden abgeben, um Wahlfach an andern Klassen zu erteilen, was für die Klasse mit dem neuen Lehrer sicher nicht von Vorteil ist. Oft müssen sie dann Wahlfächer erteilen, die sie nicht gern haben, während sie lieber an der eigenen Klasse unterrichten würden. Geholfen ist da wirklich niemandem, und ich finde es gelinde gesagt komisch, dass die ED glaubt, ein patentierter Primarlehrer sei fachlich nicht so ausgebildet, dass er den Stoff des Wahlfachunterrichtes beherrscht.

Ich vermute sehr, dass in diesen Dingen die Finanzdirektion mehr zu sagen hat als die ED. Ich bin froh, dass die Fortbildungskommission dieses Thema aufgegriffen hat und hoffe sehr, dass sie etwas erreicht.

H. Haussener

Beglückte Lehrerveteranen

Anhand gut gewählter Lichtbilder führte Dr. Hannes Sägesser die Lehrerveteraninnen und -veteranen der Region Bern auf einen unterhaltsam belehrenden Rundgang durch den Berner Tierpark. So gelangte man bequem gerade dann zu den Tieren, wenn es bei ihnen am interessantesten war. Besonders eindrücklich waren die Bilder von Tiergeburten, die zeigten, wie geschickt Tiermütter sich verhalten und nicht nur Instinkthandlungen vollbringen, sondern auch unerwartete Situationen intelligent meistern. Im Tierpark Dählhölzli werden vorzugsweise einheimische Tiere gehalten, die jedoch gar nicht immer leichter zu pflegen sind als exotische. Rehe zum Beispiel sind viel heikler als man meint. Kinder sollen mit den Tieren in Berührung kommen, doch wäre ein «Streichel-Zoo» ohne Aufsicht Tierquälerei. Schmunzelnd vernahmten die ehemaligen Schulmeister, dass es auch unter den Tierkindern Psychopathen gibt, die sich unter ihresgleichen nicht eingliedern können, weil man sie verpöppelt und verwöhnt hat.

Da die Reisefreudigkeit nicht nachlässt, konnte Präsident Dr. Richard Grob mitteilen, dass alle für 1981 vorgesehenen Reisen durchgeführt werden.

- esg -

Tagung «Fernsehen und Familie»

Montag, den 26. Januar, 10–16 Uhr, im Kursaal Bern, veranstaltet von der Ehekommission der evang.-ref. Kirche.

Referentin: Verena Doelker-Tobler, Leiterin der Abteilung Familie und Fortbildung beim Fernsehen DRS, Zürich.

Programme und Anmeldungen beim Amt für Ehe- und Familienfragen, Dr. A. Bühler, Schanzenstrasse 1, 3008 Bern.

Anmeldeschluss: 15. Januar 1981.

L'Ecole bernoise

Comment la formation des enseignants primaires bernois doit-elle être améliorée?

Le Comité cantonal de la Société des enseignants bernois a invité MM. Hans Stricker, Hans Rudolf Stauffer et Moritz Baumberger à présenter un exposé lors de l'assemblée extraordinaire des délégués du 26 novembre 1980 sur

les propositions pour une phase complémentaire de formation dans le cadre de la formation des enseignants.

Nous vous donnons connaissance ci-dessous de leurs exposés en tant que partie du rapport de l'Assemblée des délégués qui sera publié plus tard. *Réd.*

L'année complémentaire de formation

Dr Hans Stricker

Directeur de l'Office de recherche et de planification pédagogiques

La consultation au sujet de la phase complémentaire de formation représente énormément. Il ne s'agit pas de s'arrêter à mi-chemin d'une entreprise qui a mobilisé beaucoup de force et d'engagement personnel, mais aussi beaucoup de bonne volonté et d'optimisme. Il s'agit, aujourd'hui, de mener à bien la réforme de la formation des enseignants.

Il s'agit aussi de réaliser une idée qui a pris naissance il y a bientôt soixante ans dans le corps enseignant bernois: l'idée et la conviction qu'un jeune maître aura davantage envie de savoir quand il aura appris à connaître l'école en

tant que maître responsable et indépendant. C'est alors seulement qu'il se sentira vraiment motivé. Nous savons tous que lorsqu'un élève manifeste peu d'intérêt – même si cet élève est un enseignant en puissance – les heures d'école sont souvent des heures perdues. Il s'agit maintenant que nous gardions la même attitude qu'auparavant vis-à-vis du modèle de formation récurrente à l'école normale, tel que, dans une période transitoire, pourrait l'être la phase complémentaire de formation.

Le groupe de travail chargé d'étudier le problème de la phase complémentaire de formation est décidé pour ce modèle dont la première partie, la prolongation à cinq ans de la formation à l'école normale, sera bientôt réalisée. Afin que ce modèle puisse être mené à bien, il importe de préciser quelques conditions préalables. Qu'il nous soit permis de les exposer ici sous forme de questions:

- Est-il possible d'introduire une phase complémentaire obligatoire de formation si le brevet complet est délivré après cinq ans de formation à l'école normale?
- La formation peut-elle être considérée comme terminée après cinq ans, alors que certaines matières bien précises de l'enseignement auraient été reportées à la phase ultérieure?
- Un enseignant breveté après cinq ans de formation commune peut-il exercer son activité à tous les degrés? N'est-il pas, en particulier au degré supérieur, poussé comme généraliste, alors que la formation spécifique au degré est assignée à la phase complémentaire de formation?
- Si la forme récurrente de la formation correspond le plus souvent aux besoins du futur enseignant, pourquoi n'est-elle pas aussi envisagée pour les autres catégories d'enseignants? Comment apparaîtrait alors la coordination de la formation des enseignants exigée par le Grand Conseil si elle devait s'exercer avant tout dans la formation des maîtres primaires et des maîtres secondaires?

Je ne peux donner aucune réponse à ces questions que doit justement tirer au clair la consultation. Pourtant, qu'il me soit permis d'ajouter: en 1983, les principes d'une législation bernoise sur la formation seront discutés au Grand Conseil. Il s'agira, entre autres, de définir les structures futures des classes supérieures de l'école publique. Et ce sont ces structures qui construiront notre école. La formation des enseignants, elle aussi, devra s'adapter. Quelles seront les décisions qui seront prises? Il est impossible de le dire aujourd'hui. Tout au plus peut-on percevoir certaines tendances. On peut difficilement s'attendre à une différenciation plus grande des types d'écoles que c'est le cas aujourd'hui. On va plutôt vers un rapprochement des types scolaires et une plus grande perméabilité. Etant donné les conditions locales si différentes que nous connaissons dans notre canton, ce n'est qu'après la discussion sur la formation qu'il sera possible de voir comment cela se réalisera de manière concrète au degré supérieur.

La conclusion à tirer est qu'il ne faut prendre aucune décision susceptible d'entraver l'évolution. Mais, cela ne signifie pas que nous devons simplement attendre. Si nous approuvons la direction dans laquelle nous nous sommes engagés, et je le fais entièrement, nous devons avoir le courage d'aller de l'avant, même si, plus tard, nous devons modifier quelque peu notre orientation. Nous serons alors reconnaissants de toutes les expé-

riences que nous aurons faites lors de l'examen de la phase récurrente. Dans un contexte différent, les cours semestriels l'ont aussi montré.

Il s'agit cependant de placer deux conditions à une telle entreprise. Premièrement, empêcher que les cours semestriels soient mélangés à la phase complémentaire de formation de la formation initiale. Les deux formes de formation récurrente visent des buts différents, elles ne doivent pas être surchargées. Deuxièmement, les solutions transitoires doivent être formulées de façon suffisamment souple pour éviter des décisions prématurées qui pourraient mettre en danger le développement futur de la formation des enseignants dans le cadre de la conception globale envisagée.

Et ce tout, nous devons le soutenir de toutes nos forces.

Au sujet de la phase complémentaire de formation des enseignants primaires

*Hans Rudolf Stauffer, instituteur, Oberwil b. Büren
Membre du groupe «Réforme de la formation des enseignants primaires» de la SEB*

Si on veut qu'une réforme ait des chances de succès, il faut qu'elle ait l'approbation et le soutien de la base, des intéressés. Les nouveautés envisagées dans le canton de Berne pour les maîtres primaires exigeraient la modification des conditions d'engagement. Il faudrait alors qu'on soit convaincu que la réforme proposée contribue réellement à améliorer la formation.

Les responsables de la réforme de la formation des enseignants primaires s'accrochent à l'idée de la «formation récurrente des enseignants à l'école normale», bien que l'ensemble du corps enseignant se soit, jusqu'à présent, clairement prononcé contre une «année complémentaire de formation» (Schläppi/Müller).

Ce modèle, unique en Suisse, est-il une véritable nouveauté progressiste, ou est-ce une contrainte politique issue du cadre étroit de la planification gouvernementale et difficilement réalisable?

Aussi longtemps que le principe de la récurrence n'est pas applicable à tous les enseignants dans les périodes obligatoires d'école, il ne doit pas être imposé de manière unilatérale pour les enseignants primaires.

La réforme de la formation des maîtres primaires doit préoccuper toutes les catégories d'enseignants!

Le groupe d'étude «Phase complémentaire de formation» cite dans son travail trois conditions qui devraient être réalisées avant la mise sur pied de la formation complémentaire obligatoire:

1. La conception globale de la formation des enseignants (motion Rychen)
2. L'éclaircissement des relations entre la formation des maîtres primaires et celle des maîtres secondaires
3. L'examen et l'éclaircissement des relations entre la formation initiale et la formation complémentaire obligatoire

Ces trois conditions dépendent étroitement les unes des autres. Pour cette raison, elles ne peuvent être réalisées séparément et demandent que les intéressés réexaminent les points soulevés, par exemple:

- Pas de brevet global pour l'école primaire
- Spécialisation par degré
- Réforme du degré supérieur
- Maîtres de classes / maîtres de branches

– Rapprochement qualitatif réciproque des formations de maîtres primaires du degré supérieur et de maîtres secondaires

– etc.

La réussite de la réforme dépend aussi de la qualité et de l'attractivité de l'école normale.

De l'avis de la population, l'école normale actuelle n'est plus aussi attractive que les autres écoles moyennes supérieures – en particulier pour les garçons. Bien que le brevet d'enseignant primaire comparé à la maturité ne permette qu'un nombre restreint d'études, l'accent principal de la formation est toujours porté sur les branches qui préparent à l'université, ce qui ne permet pas l'amélioration de la formation professionnelle dans le temps à disposition avec une formation en cinq ans. L'école normale, dans sa conception actuelle, peut-elle réellement satisfaire à cette double obligation: conduire à la maturité et en même temps donner une formation professionnelle approfondie?

La réforme actuellement en cours s'oriente vers un modèle de «formation récurrente à l'école normale». Il ressort de la planification qu'il s'ensuivra une formation complémentaire *obligatoire*.

Si on ne réussit pas à mettre sur pied cette année complémentaire de formation il faudra recommencer à planifier les points essentiels d'une nouvelle réforme. Dans la lettre d'accompagnement, la Direction de l'instruction publique reconnaît la nécessité d'éclaircir les questions posées par le groupe d'étude. Elle estime que les bases présentées dans le rapport pour une forme définitive de la formation complémentaire doivent être envisagées dans le cadre de la conception globale des lois sur la formation.

Cette chance de participation, la SEB doit la saisir!

Etant donné que jusqu'à présent, au sein de la SEB, il n'a pas été possible de discuter ouvertement et sans émotion d'un modèle global de formation des enseignants, la perspective d'être intégré dans la réforme gymnasiale avec un type particulier de maturité et de permettre ainsi l'accès réel à l'université a disparu.

J'espère que nous parviendrons, jusqu'en 1982, à décider le Grand Conseil à prolonger à six ans la formation des enseignants primaires. Mais actuellement, nos possibilités sont limitées:

- ou nous approuvons la «formation récurrente à l'école normale» avec toutes les nouveautés qu'elle comporte;
- ou nous demandons quelque chose de tout différent.

Les solutions transitoires proposées par le groupe d'étude, le «semestre de perfectionnement» et le «système des bonus de formation» ne sauraient remplacer une sixième année d'école normale. Il n'est pas raisonnable de compromettre ainsi la réforme en cours.

La phase complémentaire de formation dans la formation des enseignants bernois

Moritz Baumberger
Secrétaire central de la SEB

Il appartient au corps enseignant bernois de prendre position jusqu'à fin janvier 1981 sur un rapport de la Direction de l'instruction publique concernant la planification d'une phase complémentaire de formation des enseignants primaires. Il s'agit, en réalité, d'une décision fondamentale concernant la formation de toutes les

catégories d'enseignants. Elle doit être prise dans le cadre d'une politique à long terme. Qu'il nous soit permis de relever les points suivants:

- Aujourd'hui, les décisions fondamentales concernent toujours toutes les catégories d'enseignants. Si le principe d'une phase complémentaire de formation se justifie pour les enseignants primaires, il doit aussi être étudié pour les autres catégories d'enseignants en relation avec la conception globale de la formation des enseignants décidée par le Grand Conseil.
- Les réformes adoptées jusqu'à présent pour la formation des enseignants ne satisfont pas deux exigences de la SEB désignées par la formule $4 + 2$: la formation en six ans et le niveau tertiaire de la deuxième phase de formation.
- Pour obtenir la prolongation de la formation des enseignants primaires de 4 à 5 ans, il a fallu 50 ans. Actuellement les bâtiments, les plans d'études et les corps enseignants des écoles normales ont été adaptés à cette formation en 5 ans. Il est difficilement concevable que cette formation puisse être portée à 6 ans à brève échéance, même si, par la voie de la maturité, elle dure pratiquement 6 ans.
- Ce n'est que par l'approbation du modèle Wyss qu'il fut possible de réaliser rapidement la prolongation à 5 ans. L'idée d'une phase récurrente après un certain temps de pratique autonome, idée actuellement différée et se heurtant à différents problèmes, pourrait répondre aux besoins réels de la formation. Mais elle ne se présente pas actuellement sous une forme réalisable.
- Dans les années 60, les enseignants bernois ont refusé la période de vicariat décidée alors et se sont prononcés pour un brevet complet remis à l'issue de la formation de base. Ces exigences et une phase complémentaire obligatoire de formation après une période de pratique dans la profession sont contradictoires.
- Le canton de Berne forme de façon identique un enseignant du degré inférieur, moyen ou supérieur, ce qui correspond à une formation équivalente pour toutes les catégories d'enseignants.

La prise de position de la Société des enseignants bernois sur le rapport du groupe d'étude «Phase complémentaire de formation» doit, en raison des décisions fondamentales de la société, se prononcer pour une des trois possibilités suivantes:

1. S'en tenir à $4 + 2$ et rejeter par principe la phase complémentaire de formation comme étant un obstacle à la réalisation du but visé.

Etant donné que la réforme des écoles normales devrait repartir à zéro, que les projets de constructions actuels ne seraient plus valables, qu'une nouvelle institution (centrale de formation pour le tertiaire = niveau universitaire pour environ 1000 étudiants) devrait être mise sur pied, que les écoles normales ne seraient plus alors que des écoles préparatoires et que beaucoup d'enseignants et de politiciens ne sont pas convaincus de la nécessité d'une nouvelle prolongation, l'idée valable en soi d'une phase complémentaire de formation serait abandonnée et rien ne se passerait.

2. Approuver le modèle Wyss avec les conditions précises qu'il contient, c'est-à-dire une année complémentaire de formation après quelque temps de pratique dans la profession.

Dans son rapport, le groupe d'étude fait ressortir les contradictions internes et les difficultés d'organisation. Etant donné que la question du coût est loin d'être fixée et que les répercussions sur les autres catégories d'enseignants ne sont pas précisées, il ne faudrait pas compter avec une réalisation prochaine.

3. Approuver la *formation complémentaire facultative* envisagée, c'est-à-dire donner à tous les enseignants la possibilité de participer aux cours semestriels existant, ce qui permettrait de sauvegarder le principe fondamental: des cours de formation payés, mais sans incidences sur le traitement ultérieur. Cette décision est certainement la seule réalisable politiquement.

Elle permet de sauver une idée valable, tient compte de l'exigence d'une conception globale de la formation des enseignants et ne ferme pas la porte à des développements ultérieurs.

Certes, une telle décision de la Société des enseignants bernois ne répond pas totalement aux revendications légitimes des enseignants primaires, mais elle permet d'en réaliser une partie. C'est pourquoi elle doit être liée à une déclaration de la SEB qui s'engage pour une amélioration future de la formation des enseignants primaires dans le cadre d'une formation équilibrée des enseignants de tous les degrés.

Mitteilungen des Sekretariates

Das Sekretariat des Bernischen Lehrervereins bleibt von Dienstag, den 23. Dezember 1980, 18 Uhr, bis Montag, den 5. Januar 1981, 8 Uhr, geschlossen.

Der Kantonalvorstand des BLV

Fremde Zusendungen an unsere Leser

Der BLV gestattet bekanntlich, dass gegen Entschädigung dem Berner Schulblatt vereinsfremdes Informations- oder Propagandamaterial beigelegt oder mittels Adressen des BSB direkt an unsere Mitglieder geschickt wird. Die Leitung des BLV übernimmt für Form oder Inhalt solcher Drucksachen keine Verantwortung und überlässt die Beurteilung unseren Mitgliedern.

Der Leitende Ausschuss

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnigasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Communications du Secrétariat

Le Secrétariat de la Société des enseignants bernois restera fermé du mardi 23 décembre 1980, dès 18 heures, au lundi 5 janvier 1981, à 8 heures.

Le Comité cantonal de la SEB

Envois à nos lecteurs, provenant de tiers

Comme nos sociétaires savent, la SEB permet – contre rémunération – que des tiers leur fassent parvenir du matériel d'information ou de propagande, soit comme annexe à l'«Ecole bernoise», soit au moyen du jeu d'adresses de l'imprimerie. Les organes dirigeants de la SEB déclinent toute responsabilité quant à la forme ou au contenu de tels imprimés et en laissent l'appréciation à nos sociétaires.

Le Comité directeur

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.